

Der Weg zu einem gemeinsamen Verständnis der Menschenrechte im Nahen Osten

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Am 20. Juni 2008 luden Amnesty International (AI), Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG), Palästina-Initiative (PI) und die Volkshochschule Hannover (vhs) zu einer Diskussion über Menschenrechte und Völkerrechte in Nahost ein. Als Referent war Prof. Dr. Norman Paech aus Hamburg eingeladen, der seit einigen Jahren auch für die Linke im Bundestag sitzt, hier aber als Völkerrechtsexperte referierte. Unter den etwa 60 Personen, die der Einladung gefolgt waren, gab es sehr unterschiedliche Erwartungen und Einschätzungen zum Thema.

Der Vortrag von Herrn Paech über die Entstehung des Staates Israel mit den keineswegs geradlinigen völkerrechtlichen Entwicklungen und den vielfach israelkritischen UN-Resolutionen bis hin zur Gegenwart wurde anschließend von Kay Schweigmann-Greve (DIG) ergänzt um die politischen und praktischen Rahmenbedingungen der Staatsgründung und der Gegenwart der Menschen in Israel. Dr. Wilhelm Wortmann (PI) benannte kurz die Perspektive der palästinensischen Bevölkerung, und Martin Roger (AI) betonte die Bandbreite der menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Anforderungen an die israelische Regierung und die palästinensische Autonomiebehörde.

Das Publikum nahm die Einladung zu Fragen, vor allem aber zum Austausch unterschiedlicher Ansichten wahr. Niemand stellte das, was der Referent und die weiteren Personen auf dem Podium gesagt hatten, der Sache nach in Frage, aber die Einschätzungen und Bewertungen gingen erwartungsgemäß weit auseinander.

Die Diskussion drehte sich stärker um die Gegenwart als um die Vergangenheit. Der Zaun bzw. die Mauer in den und um die palästinensischen Gebiete war ein zentrales Thema, das die einen als notwendig, die anderen als unzulässig und ansahen. Mit dem Gedanken, dass in einer von Gewalt geprägten Situation men-

schenrechtliche Einschränkungen des staatlichen Gewaltmonopols - auf beiden Seiten - die Situation langfristig für alle verbessern, mochte nicht jeder auf Anhieb akzeptieren ("aber das müssen die Sicherheitskräfte tun, um ihre Bürger zu schützen"). Kritik am anderen "Lager" wurde auch gelegentlich mit Unterstellungen verbunden ("bewusst nicht erwähnt", "mit klammheimlicher Freude vorgetragen").

Angesichts der zu erwartenden Unterschiede lohnt es, die Gemeinsamkeiten zu nennen, die in der Veranstaltung deutlich wurden. Von den verschiedenen Seiten wurde die Zwei-Staaten-Lösung als notwendig angesehen, und niemand hatte dies in Frage gestellt. Den Dialog der Unterstützer der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung empfand die große Mehrheit der Anwesenden als Fortschritt ("Wenn wir hier schon nicht miteinander reden, wie können wir das dann von den Menschen vor Ort erwarten?"), und die meisten befürworteten die Bitte der Moderation, keine ideologischen Zuschreibungen vorzunehmen, sondern sich jeweils individuell und konkret auf das zu beziehen, was gesagt wurde.

Eine kleine Gruppe sah allerdings das Übel gerade in diesem begonnenen Dialog. Schon vor der Veranstaltung hatten sie Flugblätter verteilt, in denen sie den Referenten als Antisemiten bezeichneten und insbesondere den Vertreter der DIG angriffen, weil er zu einem Austausch mit Personen bereit war, die sich nicht bedingungslos auf die Seite der israelischen Regierung stellen. In der Veranstaltung selbst konnten sie allerdings außer einem ideologischen Statement zum Schluss wenig zur Diskussion beitragen.

Dass dennoch diese Veranstaltung von den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern positiv eingeschätzt wurde, hat sicher damit zu tun, dass DIG wie auch PI in Hannover leben-

dige Mitgliederorganisationen sind, die sich über ideologische Grabenkämpfe hinaus vielfach mit konkreten Aspekten der Lebensverhältnisse der Menschen im Nahen Osten befassen. Amnesty International kann mit dem übergreifenden Anspruch, Menschenrechte durchzusetzen, als Teilnehmer und Moderator solche Gespräche befördern. Aus der DIG kam freilich auch Kritik an der letzten zusammenfassenden Amnesty-Publikation zu Israel und Palästina: Sie enthalte Fehler und sei in der Aufmachung einseitig.

Dennoch wurde von Personen aus DIG und PI der Wunsch geäußert, das Gespräch fortzusetzen, ggf. mit einem anderen geeigneten Referenten. Amnesty International ist zum Beispiel gerne bereit, im Einzelnen über die ihre Informationen und Forderungen zu Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten zu diskutieren.

Bei der Veranstaltung am 20. Juni 2008 hatten nicht alle ein gemeinsames Verständnis der Menschenrechte. Aber der Weg dorthin ist beschritten worden.

Martin Roger, Amnesty International (Bezirkssprecher Hannover)